



STÜCKPREIS 5000 EURO

Ausländer im Staatsdienst verkaufen Aufenthaltstitel

Von MANFRED ROUHS | Die deutsche Verwaltung ist unterwandert, vielfach. Zum einen von Beamten unterschiedlicher Herkunft, denen längst alles egal ist. Sie haben innerlich gekündigt und warten auf die Pension – oder auf die nächste politische Wende. Zum anderen von multikulturellen Kriminellen, die schlicht alles mitnehmen, was ihnen auf dem Silbertablett angeboten wird: Zum Beispiel formal legale Aufenthaltstitel, die auf dem Schwarzmarkt einen hohen Preis erzielen.

In Berlin wurde jetzt eine 36-jährige bosnische Mitarbeiterin des Bürgeramtes verhaftet, die neben der Staatsbürgerschaft von Bosnien-Herzegowina auch einen deutschen Pass besitzt. Ihr wird vorgeworfen, Aufenthaltstitel für 5000 Euro pro Stück verkauft zu haben. In ihrer Wohnung fand die Polizei 28.000 Euro Bargeld. Inhaftiert wurde auch ein 43-jähriger Pakistaner, der im Verdacht steht, Kopf jener Bande zu sein, die mit den Aufenthaltstiteln gehandelt hat.

In einer Pressemitteilung der Polizei heißt es, die Beschuldigten werden verdächtigt, in mindestens sieben Fällen „gemeinschaftlich und arbeitsteilig im Auftrag ausländischer ‚Kunden‘, Reisepässe manipuliert und so organisiert zu haben,

dass zuvor gestohlene Blanko-Aufenthaltstitel durch die beschuldigte Mitarbeiterin des Bürgeramtes mit scheinlegalen Niederlassungserlaubnissen versehen werden konnten“.

Die hier in Rede stehenden Aufenthaltstitel erlauben dem Inhaber den zeitlich unbefristeten Aufenthalt in Deutschland. Sie sind der erste Schritt in Richtung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, die ihr Inhaber nach einigen Jahren beantragen kann.

Nach einem [Bericht der „Welt“](#) sind allein der Berliner Verwaltung bislang rund 20.000 Blanko-Aufenthaltstitel abhanden gekommen.

Eher widerwillig hatte der Berliner Senat im Juli 2019 auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hin den Verlust der Dokumente eingeräumt und dabei mitgeteilt, von den seit 2017 verschwundenen Papieren seien in den letzten Jahren 1500 Exemplare von der Polizei sichergestellt worden. „Weitere 330 Dokumente wurden bislang bei (versuchten) illegalen Einreisen und bei sonstigen missbräuchlichen Nutzungen im Bundesgebiet festgestellt“, heißt es in der Mitteilung des Senats.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Er ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt [Firmengründungen in Hong Kong](#).